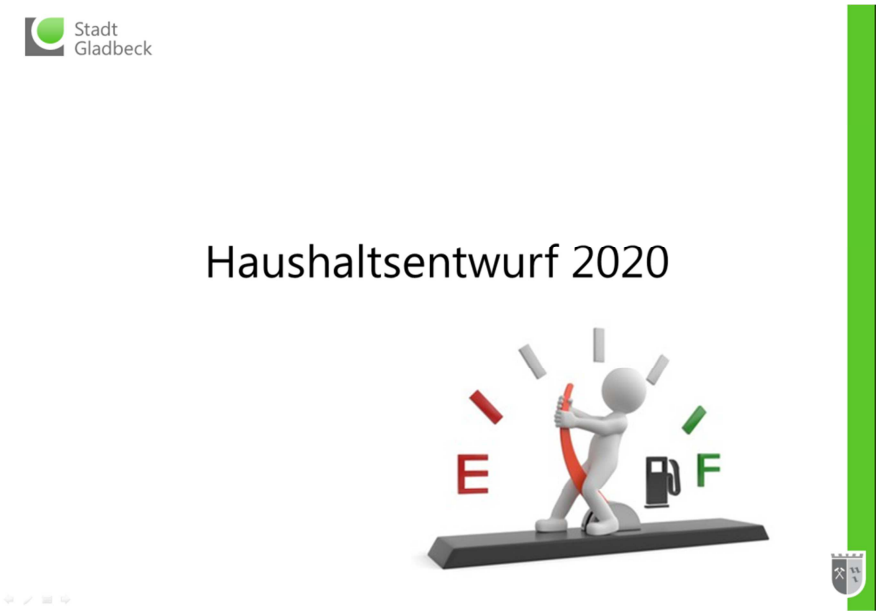
10.10.2019

Rede des Kämmerers Thorsten Bunte
zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2020 am 10.10.2019

–Es gilt das gesprochene Wort–



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des Rates,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

1. Einleitung

ein interessanter Versuch, so möchte man meinen. Bekommt man einen leeren Tank so wieder voll? Logischerweise nicht! Und man gewinnt damit auch nicht gerade Sympathien. Jedenfalls nicht, wenn man schon mit dem letzten Tropfen Benzin losfährt und dann mitten auf der Autobahn liegen bleibt.

Man muss wohl nicht lange rätseln, was ich damit in Bezug auf unseren Haushalt sagen will. Denn dass wir auf Reserve fahren ist nichts Neues. Dass wir im Rahmen gewisser Toleranzgrenzen und mit Optimismus auch schon mal die Tanknadel „nachjustieren", ist auch nichts Neues. Und wir können auch nicht zwischendurch mal eben wieder volltanken – auch wenn ich manchmal glaube, dass das schon für den ein oder anderen etwas Neues ist.

Mit unserem Haushalt gehen wir jedes Jahr auf eine neue Reise. Wir wissen nie so genau, was alles auf uns zukommt. Wir wissen aber immer: Wenn wir ankommen wollen, dann darf nicht

viel passieren. Der Haushaltsentwurf der Verwaltung ist dabei so etwas wie die Tanknadel. Und die zeigt an, dass unser Tank nicht nur – wie in den Vorjahren – sehr knapp gefüllt ist. Sondern sie zeigt an, dass es fürs nächste Jahr nicht reichen wird.

Bevor ich jetzt auf die Einzelheiten des Haushaltes eingehe: Normalerweise bedanke ich mich an dieser Stelle immer im Namen des gesamten Verwaltungsvorstandes bei den Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei und bei allen, die bei der Haushaltsaufstellung mitgewirkt haben. Dieser Dank kommt natürlich auch jetzt. Aber noch vor kurzem habe ich nicht geglaubt, dass wir heute den Haushalt in das Ratsinfosystem einstellen und damit in diese Sitzung einbringen können.

Denn wir haben dieses Jahr schon eine andere, ziemlich anstrengende Reise hinter uns. Alles fing an mit einer großen EDV-Umstellung, die uns viel Kraft gekostet hat und viel, viel Ärger gemacht hat. Es ging weiter mit sehr, sehr umfassenden Änderungen unseres kompletten Haushaltsrechts durch die NKF-Novelle der Landesregierung. Parallel mussten wir die Vorbereitungen auf das neue Umsatzsteuerrecht starten. Das ganze nach reger Personalfluktuation und schmerzhaften Personalausfällen. Und dann auch noch eine sehr schwierige Entwicklung unserer Zahlen. Deswegen an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an diejenigen, die nach dem Motto „Augen zu und durch" durchgehalten haben und auch manche Anspannung mitgetragen haben.

Das Ganze bringt dann übrigens auch mit sich, dass unser Haushalt 2020 eine neue Form und einen neuen Aufbau hat – nicht nur ein neues Deckblatt. Besonders hinweisen möchte ich auf den komplett überarbeiteten Haushaltsvorbericht. Wir hoffen sehr, dass er für Sie als politische Entscheidungsträger, aber auch für Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Finanzen ihrer Stadt interessieren, eine bessere Informationsgrundlage ist.

2. Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Stadt Gladbeck

In NRW wird das Geld knapper

Angesichts wegbrechender Mehreinnahmen plant die Landesregierung keine Tilgung alter Kredite mehr ein. Die Opposition spricht von einem „Offenbarungseid"

Von Tobias Marx

Düsseldorf. Vor nicht einmal zwölf Monaten hielt Lutz Lienenkämper im Landtag noch eine überaus selbstbewusste Etatrede. „Jetzt schaffen wir die Haushaltswende hin zu Überschüssen", tönte der CDU-Finanzminister bei der Einbringung des NRW-Haushalts 2019 ins Parlament und präzisierte: „Wir starten mit 30 Millionen Euro im Haushalt 2019. Bereits ab dem folgenden Jahr werden es mehr als eine Milliarde Euro sein."

Davon ist nun keine Rede mehr. Lienenkämper kassierte am Dienstag überraschend das Ziel der schwarz-gelben Landesregierung, bis zum Ende der Legislaturperiode Jahr für Jahr mindestens eine Milliarde Euro in den Schuldenabbau zu stecken. So sah es die bisherige mittelfristige Finanzplanung vor.

Im Landtagswahlkampf hatten CDU und FDP immer wieder angekündigt, den Abbau des 145 Milliarden-Schuldenbergs endlich beherzt anzugehen. Dabei hielt der Landesrechnungshof schon die bisherige Etatplanung der Landesregierung für viel zu ambitioniert. Trotz boomender Konjunktur, Rekord-Steuereinnahmen und niedriger Zinsen werde kaum an den Abbau der alten Verbindlichkeiten gedacht, monierte Präsidentin Brigitte Mandt. Nun das Eingeständnis: Selbst für den bisherigen

chen die Mittel angeblich nicht mehr aus.

Lutz Lienenkämper, der in seinen ersten beiden Amtsjahren „lucky Lutz" (glücklicher Lutz) genannt wurde, gerät erstmals unter Druck. Das schlechtere Konjunkturklima

„Damit scheitern CDU und FDP kläglich an ihren eigenen Ansprüchen"

Stefan Zimkeit, Finanzexperte der SPD-Landtagsfraktion, zum Haushaltsentwurf der Landesregierung

macht „keinen Bogen um Nordrhein-Westfalen", rechtfertigte sich der Finanzminister. Die fetten Jahre, in denen die Steuermehreinnahmen regelmäßig die kühnsten Vorstellungen übertrafen, sind vorbei. NRW stünden allein im nächsten Jahr 841 Millionen Euro weniger zur Verfügung als eingeplant. Er schließe zwar bis 2022 nicht aus, „dass wir wieder die Chance zur Schuldentilgung bekommen", sagte Lienenkämper, „aber unsere Kommerzielle Planung ist auf eine schwarze Null ausgerichtet."

Der Verzicht auf neue Kredite gilt in Zeiten der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse als finanzpolitische Minimalleistung. Der Etat beträgt 2020 schließlich immer noch fast 80 Milliarden Euro – gegenüber 2019 noch mal ein Plus von zwei Milliarden. SPD-Finanzexperte Stefan Zimkeit sprach von einem „Offenbarungseid" der Regierungskoalition: „Damit scheitern CDU und FDP kläglich an ihren eigenen Ansprüchen. Keine Schuldentilgung, keine Senkung der Grunderwerbsteuer, keine zusätzlichen Investitionen."

Die Ressorts der Landesregierung konnten sich lediglich auf einen gemeinsamen Sparbeitrag von 200 Millionen Euro verständigen. Hinter vorgehaltener Hand berichten Koalitionäre, dass angesichts der festen Ausgabenblöcke und über 36 Prozent Personalkosten im Landeshaushalt kaum Sparpotenzial erkennbar sei. Genau diese Argumentation hatten CDU und FDP jahrelang der rot-grünen Regierung von Hannetore Kraft (SPD) um die Ohren gehauen. Jetzt rächt sich augenscheinlich, dass Schwarz-Gelb bislang unerwartet ausgabefreudig regierte und so teure strukturelle Maßnahmen beschlossen hat wie die Einführung eines weiteren beitragsfreien Kita-Jahres. Dafür war man gar nicht gewählt worden.

Lienenkämper verteidigte sein Zahlenwerk indes mit dem Hinweis, dass ja auch unter erschwerten Bedingungen weiter kräftig in zusätzliche Kita-Plätze, mehr Polizei und Infrastruktur investiert werde. Dennoch bleibt fraglich, wie CDU und FDP in den verbleibenden drei Jahren bis zur nächsten Landtagswahl so drängende Probleme angehen wollen wie die teure Besoldungsanpassung bei Lehrern in Grundschulen und Sekundarstufe II, die versprochene Grunderwerbsteuer-Senkung oder den im Ruhrgebiet herbeigesehnten Altschulden-Fonds für klamme Kommunen.

Kritik der Grünen

Kritik an Lienenkämper kam auch von den **Grünen**: Zentrale Wahlversprechen würden „quasi auf den Sankt-Nimmerleins-Tag" verschoben, kritisierte Grünen-Fraktionschefin Monika Düker und resümierte: „Wer es nicht schafft **bei den höchsten Steuereinnahmen**, über die ein NRW-Landesfinanzminister jemals verfügt hat, jetzt in den Schuldenabbau einzusteigen, der verschiebt in unverantwortlicher Weise bestehende Lasten auf künftige Generationen."

Lutz Lienenkämper kann nicht mehr aus dem Vollen schöpfen.

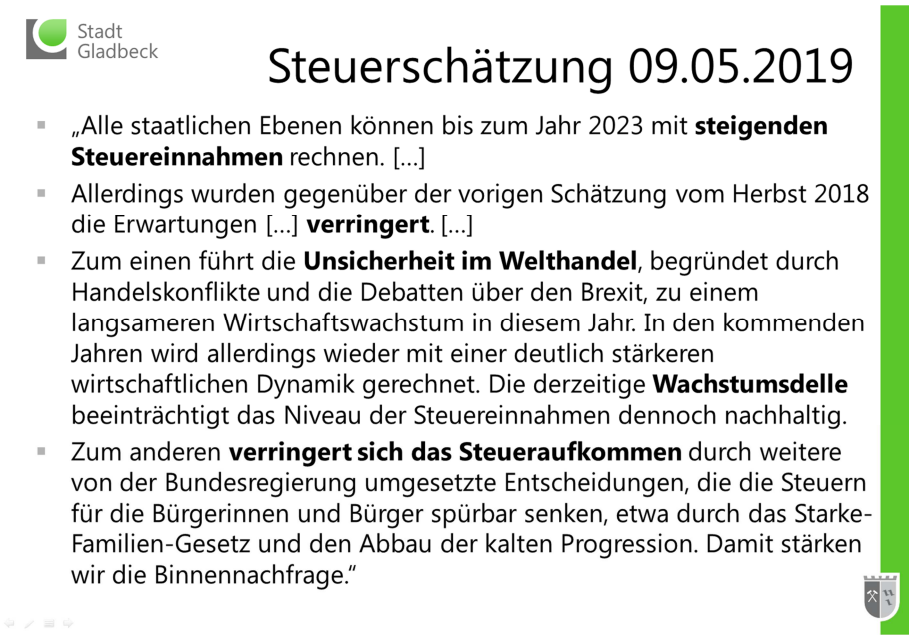
FOTO: IMAGO

WAZ, 10.07.2019

Meine Damen und Herren,

„In NRW wird das Geld knapper“ – so titelte die WAZ zum Beispiel in diesem Artikel aus dem Juli dieses Jahres. Dass nach Jahren des Wirtschaftswachstums und der sprudelnden Steuereinnahmen sich die Konjunktur allmählich eintrübt – dafür gab es schon im letzten Jahr genügend Vorboten. Und inzwischen ist es fast schon Dauerthema in den Schlagzeilen. Manche sehen sogar eine drohende Rezession.

In der Mai-Steuerschätzung las sich das so:



Wir haben also schon eine Trendwende, allerdings waren die Töne doch vergleichsweise moderat. In Kürze wird die Herbst-Steuerschätzung neue Erkenntnisse bringen. Ich würde mich nicht wundern, wenn sich die Prognosen nochmal verschlechtern, aber wir hoffen natürlich das Gegenteil.

Letztes Jahr habe ich in meiner Haushaltsrede gesagt: „Wir reizen – trotz guter Konjunktur – alle Puffer und jeglichen finanziellen Spielraum aus.“ Das bedeutet im Klartext aber nichts anderes, als dass wir die Auswirkungen der letzten Steuerschätzung nicht abfedern können. Sollten sich die Rahmenbedingungen mit der nächsten Steuerschätzung aber weiter verschlechtern, verschärft sich dies nochmal.

Stadt Gladbeck

Orientierungsdaten

	2019					2020				
	Absolut	Orientierungsdaten				Absolut	Orientierungsdaten			
	2018	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022	2023
	in Mio. Euro	in %				in Mio. Euro	in %			
Einzahlungen / Erträge										
Summe der Einzahlungen aus Steuern (brutto)	27.297	+3,8	+3,9	+3,6	+3,6	27.744	+0,7	+3,0	+3,4	+3,3
davon:										
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	8.639	+5,2	+5,7	+4,5	+5,4	8.982	+3,6	+3,8	+5,4	+5,4
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	1.774	-2,6[1]	+2,8	+2,2	+2,3	1.957	-9,3[1]	+2,2	+2,1	+2,1
Gewerbesteuer (brutto)	12.728	+4,6	+3,3	+3,9	+3,1	12.592	+0,2	+3,8	+2,8	+2,7
Grundsteuer A und B	3.746	+1,6	+1,4	+1,5	+1,5	3.786	+0,9	+1,1	+1,1	+1,0
Kompensation Familienleistungs-ausgleich (Erträge)[2]	805	+3,7	+3,6	+3,5	+3,4	835	+2,4	+4,1	+2,8	+3,3
Zuweisungen des Landes im Rahmen des Steuerverbundes (Erträge)	11.669	+3,1	+5,6	+7,7	+4,0	12.377	+2,6	+6,9	+3,5	+4,1
davon:										
Schlüsselzuweisungen an Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände	9.924	+2,1	+5,6	+7,7	+4,0	10.415	+2,6	+6,9	+3,5	+4,1

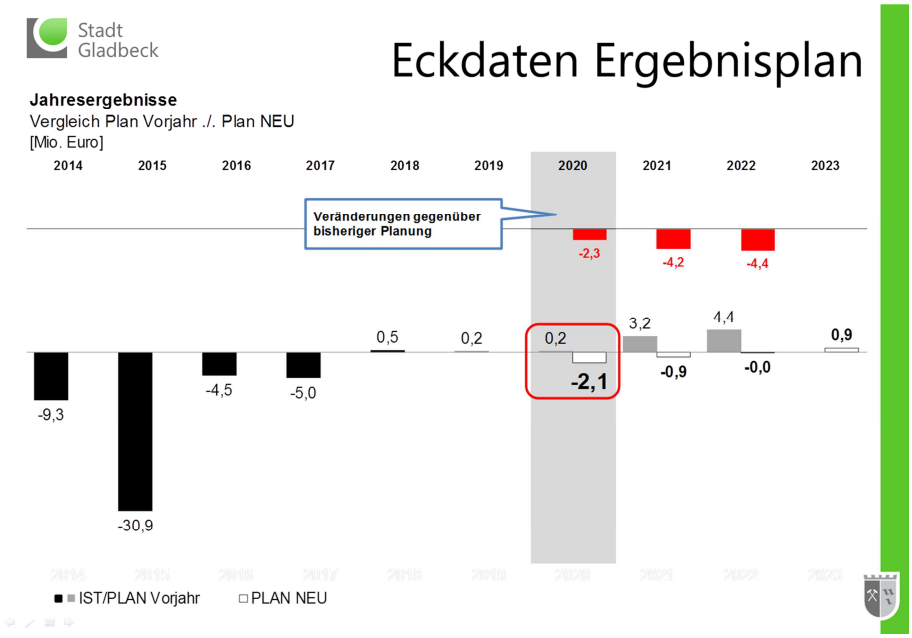
Für unsere Planungen maßgebend sind dabei letztlich immer die sog. Orientierungsdaten des Landes NRW. Diese stützen sich ihrerseits auf die Mai-Steuerschätzung. Und sie sind für uns schon ein ganz schöner Dämpfer. Denn sie belasten eigentlich alle wichtigen Erträge, die wir haben.

Ich habe hier einmal die Orientierungsdaten für 2019 und für 2020 gegenübergestellt. Die Wachstumserwartungen für das Jahr 2020 sind dabei jeweils rot umrandet. In der ersten Zeile können Sie sehen, wie sich das für alle Steuerarten in Summe auswirkt. Konnten wir letztes Jahr noch von einer Steigerung von 3,9 % über alles ausgehen, so sind es jetzt nur noch 0,7 %. Das ist schon ein Wort.

Für uns ist aber vor allem auch die letzte Zeile entscheidend. Da geht es um die Schlüsselzuweisungen, die gut 30% unseres Haushaltes ausmachen. Auch hier wurden die Prognosen kassiert: statt 5,6 % Steigerung nun nur noch 2,6 %. Das mag sich immer noch nach einer passablen Entwicklung anhören. Dennoch kostet uns allein das 3,1 Mio.

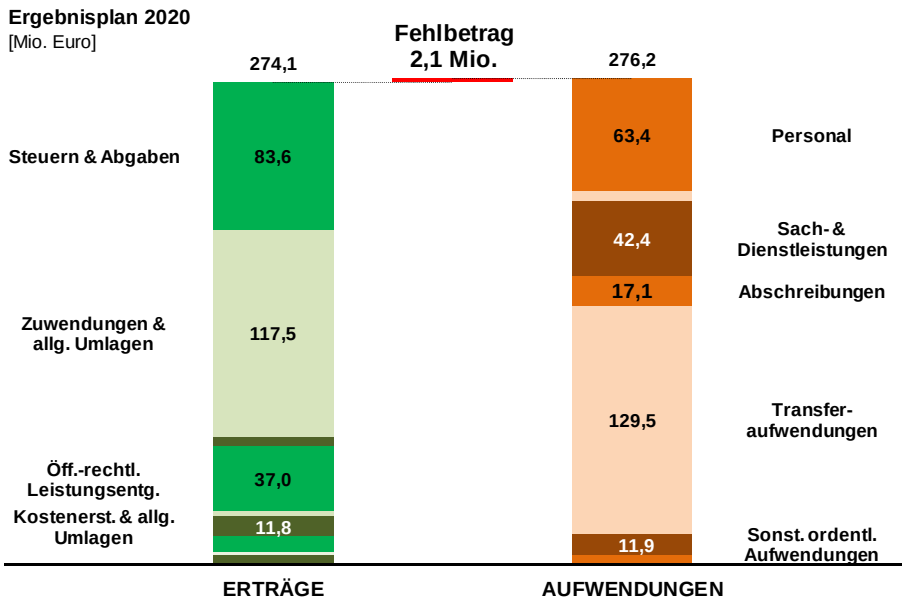
3. Eckdaten zur Haushaltsentwicklung

Wie äußert sich das jetzt in den Eckdaten unseres Haushaltsentwurfs?



In der Grafik sehen Sie die Entwicklung der Jahresergebnisse seit 2014. In schwarz wie immer die Ist-Werte und in weiß die neuen Planwerte, so wie sie jetzt im Haushaltsentwurf enthalten sind. Zusätzlich sind in grau die Planwerte vom letzten Jahr dargestellt. Die roten Säulen zeigen die Verschlechterung gegenüber der letzten Planung: rd. 2,3 Mio. für 2020.

Für das kommende Haushaltsjahr haben wir ein Defizit von 2,1 Mio. Und nach der mittelfristigen Finanzplanung schaffen wir erst 2023 wieder ein geringfügig positives Ergebnis. Damit ist der Haushalt nicht genehmigungsfähig. Und damit würden wir im nächsten Jahr auch nicht mehr die Konsolidierungshilfe nach dem Stärkungspaktgesetz von 2,8 Mio. bekommen. Diesen Betrag muss man dann hier nochmal zusätzlich abziehen.

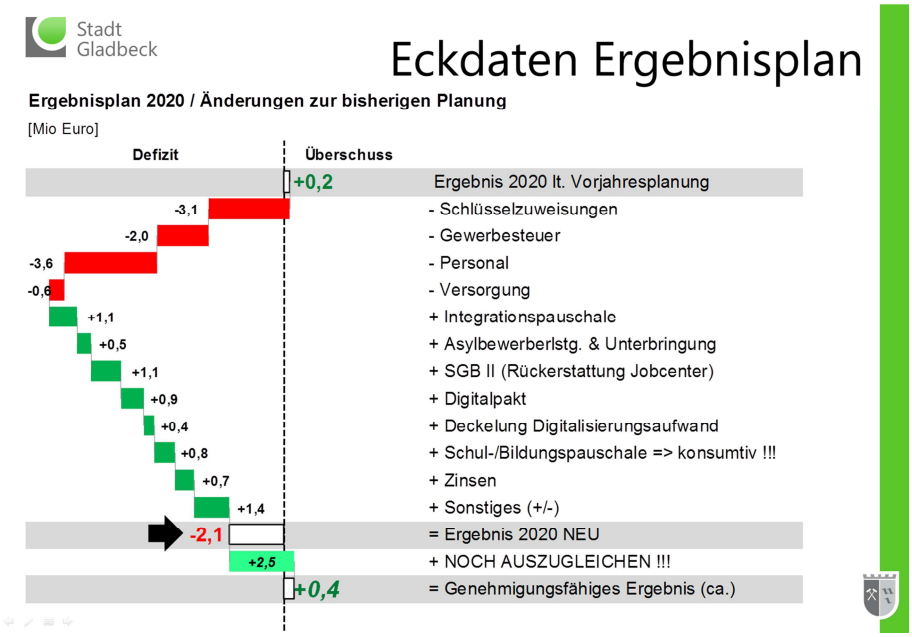


Hier nur einmal in aller Kürze eine Übersicht, wie sich das geplante Ergebnis im Wesentlichen zusammensetzt:

Die veranschlagten Erträge summieren sich auf 274,1 Mio. mit Steuern von rund 84 Mio., Zuwendungen und allgemeinen Umlagen von 117,5 Mio., öffentlich rechtlichen Leistungsentgelten von 37,0 Mio. und rund 12 Mio. an Kostenerstattungen. Dabei stecken die Schlüsselzuweisungen mit 82,6 Mio. hier mit in den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen.

Die geplanten Aufwendungen enthalten rund 63 Mio. für Personal, 42 Mio. für Sach- und Dienstleistungen, 17 Mio. an Abschreibungen und – als größten Posten – die Transferaufwendungen von 129,5 Mio. inklusive der Kreisumlage von rund 57 Mio. sowie 12 Mio. an sogenannten sonstigen ordentlichen Aufwendungen.

Der Fehlbetrag beläuft sich auf 2,1 Mio. Was sich im Einzelnen hinter den Blöcken verbirgt können Sie nochmal im Vorbericht nachlesen, so dass ich es an dieser Stelle dabei belasse.



Um aber nochmal in dem Bild vom Anfang meiner Rede zu bleiben: Wir haben bis zu diesem Ergebnis schon eine ganz schöne Reise hinter uns. Und ich will versuchen, Sie ein kleines Stück auf diesem Weg mitzunehmen:

Am Anfang stand unsere Planung aus dem Vorjahr mit unserem hauchdünnen Plus von 0,2 Mio. Dann ging es rasant auf Talfahrt:

- Minus 3,1 Mio. bei den Schlüsselzuweisungen
- Minus 2,0 Mio. bei der Gewerbesteuer
- Minus 3,6 Mio. beim Personal
- Minus 0,6 Mio. für unsere Versorgungsempfänger

Das sind jetzt nur die wichtigsten Etappen und damit waren wir schon bei einem Defizit von 9,1 Mio. Wenn ich alle angemeldeten Bedarfe unserer Fachämter hinzunehme, dann lag die Talsohle sogar bei minus 16 Mio.

Und wie im echten Leben ist es bergauf dann wieder deutlich mühseliger als bergab. In vielen kleinen Schritten. In Schritten, die wir uns step by step erarbeitet haben. Und die nach und nach auch immer anstrengender wurden.

- Am einfachsten war es da noch, die Integrationspauschale mit ihrem Anteil für 2020 einzuplanen. Nachdem erstmals überhaupt die vom Bund gezahlte Integrationspauschale ungeschmälert vom Land an die Kommunen weitergeleitet werden soll. Macht 1,1 Mio. aus.
- Etwas härter erarbeitet waren dann schon die 0,5 Mio. Plus im Bereich der Asylbewerberleistungen. Zum einen weil wir darauf setzen, dass wir bis zum Jahreswechsel endgültig die Container an der Uhlandstraße aufgeben können. Zum anderen weil wir von einer doch recht hohen Quote an Erstattungsfällen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) ausgehen. Angesichts der tatsächlich geltenden Regelungen gehen wir da auf Risiko. Aber verbunden mit der Erwartung, dass sich da das Land endlich auskömmlich an den Kosten beteiligt. Dabei will ich ergänzen: Bei all dem gucken wir auch mit Sorge auf die aktuellen Entwicklungen in den Flüchtlingslagern an der Ägäis.
- Dann haben wir unterstellt, dass wir wieder eine hohe Rückerstattung bei unserem Anteil für die SGB II-Leistungen des Job Centers erhalten. In den letzten beiden Jahren war das so – dank der Arbeitsmarktentwicklung. Aber ob sich das in dem Umfang wiederholt, ist natürlich fraglich. Insofern kein leichter Schritt, mit der Planung auch hier auf Risiko zu setzen. Bringt aber Plus 1,1 Mio.
- Dann haben wir das Thema Digitalpakt. Für 2020 haben wir daraus anteilig Fördermittel von 0,9 Mio. veranschlagt. Das war noch recht einfach. Aber dann haben wir gesagt, wir deckeln alles, was wir bisher in der Mittelfristplanung für das Thema Digitalisierung der Schulen angedacht hatten. Wir deckeln das auf den maximal förderfähigen Betrag nach dem Digitalpakt. Bringt 0,4 Mio. Plus. Heißt aber umdenken, teilweise schon geplante Beschaffungsprogramme zu ändern. Und wahrscheinlich auch Hoffnungen zu enttäuschen.
- Dann haben wir uns nochmal die Schul- und Bildungspauschale angeguckt. Bisher haben wir die immer noch zum Teil für Investitionen genutzt. Wir werden sie nun komplett für den laufenden Betrieb und Unterhaltung der Schulden und Kindergärten einsetzen. Das bedeutet nicht, dass wir dadurch jetzt mehr Geld haben. Es verringert nur das Defizit um 0,8 Mio. Der Schritt ist zurzeit vertretbar. Trotzdem eine Belastung unserer Investitionsfähigkeit.
- Dann haben wir unser Budget für den Zins- und Kapitaldienst nach unten korrigiert. In der letztjährigen Mittelfristplanung waren wir natürlich davon ausgegangen, dass die Kreditzinsen irgendwann mal wieder steigen. Aber die Zeichen stehen ja nach wie vor nicht auf „Zinswende". Insofern ist hier – wenn sie so wollen – ein kleiner Finanzpuffer entstanden, den wir jetzt nutzen. Allerdings schränken wir uns damit in unseren Finanzierungsmöglichkeiten weiter ein und setzen einmal mal mehr auf Risiko.
- Und dann kam eine ganze Reihe verschiedenster Auswertungen, Berechnungen, Analysen, Überlegungen, Diskussionen, wo wir noch Mittel verschieben, einsparen, kürzen können.

Alles zusammen hat das nochmal 1,4 Mio. gebracht. Aber auch das wird noch einiges Kopfzerbrechen in der Umsetzung und auch Unmut bereiten.

Dies alles im Einzelnen hier aufzuzählen würde den Rahmen einer Haushaltsrede sprengen. Aber ich kann guten Gewissens sagen, dass wir fast jede einzelne Position nochmal überprüft haben. Dass wir wirklich nochmal jeden Euro umgedreht haben.

Deswegen ist das auch nach unserem Dafürhalten nun definitiv das Ende der Fahnenstange. Deswegen bleibt ein Minus von 2,1 Mio. Und über das müssen wir reden.

4. Stärkungspakt

Zunächst möchte ich an dieser Stelle nochmal an unsere Teilnahme am Stärkungspakt Stadtfinanzen erinnern. Durch unsere Teilnahme werden wir am Ende insgesamt rd. 60 Mio. an Konsolidierungshilfen erhalten haben. Die letzte Tranche von 2,8 Mio. ist für 2020 eingeplant. Wir haben dafür im Gegenzug eine Menge an Einsparungen vorgenommen. Und zusammen mit Konjunktur und günstigen Zinsen sind wir aus den riesigen Defiziten herausgekommen, die wir noch 2010, 2011 hatten.

Wir haben uns aber auch verpflichtet, unseren Haushalt ab 2018 dauerhaft auszugleichen, auch über 2020 und 2021 hinaus.

Erfüllen wir diese Bedingung nicht, droht der Sparkommissar! – Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich den Sparkommissar als Kämmerer nicht einmal fürchte. Was wir aber fürchten, ist das was passiert, bis die Mühlen der Landes-Administration erstmal mahlen: Nämlich Stillstand! Eine Hängepartie erster Güte! Ich glaube, dass wir bisher – bei allen Schwierigkeiten – in vielen Projekten als Verwaltung eigentlich ziemlich gut aufgestellt sind. Auch und insbesondere durch den Zugang zu Fördermitteln. Da hätten wir erstmal Stillstand. Wir müssen uns vor Augen führen, dass wichtige Projekte, die wir bisher anstoßen konnten, ohne Fördermittel gar nicht möglich gewesen wären, wie z.B. der Abriss der Schrottimmobilie Schwechater Str. Aber wir sind auch dadurch recht gut unterwegs, weil wir es meistens schaffen, wichtige Stellen schnell und qualifiziert zu besetzen. Das wäre dann erstmal vorbei. Wenn wir Stillstand haben, können wir stattdessen gute Köpfe verlieren. All das würde unsere Verwaltung, unsere Stadt zurückwerfen. Und ein solches „time-lack" holen wir danach nicht mal eben wieder auf. Das dauert ganz, ganz lange. Das mussten andere Städte schon schmerzhaft erfahren. Daran kann keiner hier ernsthaft Interesse haben – auch nicht, und schon gar nicht im bevorstehenden Kommunalwahlkampf!

5. Problemlösung!?

Und weil das so ist, haben wir es uns alles andere als leicht gemacht, hier heute einen nicht genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf einzubringen.

Deswegen will ich in ganz verkürzter Form einmal die bisher letzte Etappe unserer Reise darstellen.

Das Etappenziel ist dabei recht klar. Wir benötigen noch ca. 2,5 Mio. Ergebnisverbesserung, um zumindest einen kleinen Haushaltsüberschuss darstellen zu können. Die Zielmarke ist hier in der Grafik als „genehmigungsfähiges Ergebnis" bezeichnet. Mit 0,4 Mio. wäre das ungefähr die unterste Grenze des Vertretbaren. Eigentlich bräuchten wir bei unserem Haushaltsvolumen vernünftigerweise einen 7-stelligen Betrag.

Warum?

Erstens: Wir sind schon in diesem Jahr nur ganz knapp an einer Haushaltssperre vorbeigeschrammt. Bisher konnten wir eine Haushaltssperre immer vermeiden. Mit viel Glück konnten wir das auch dieses Jahr. Denn eine Haushaltssperre bringt zwar viel Ärger aber kaum Einsparungen. Deswegen wollen wir die auch in Zukunft nicht haben.

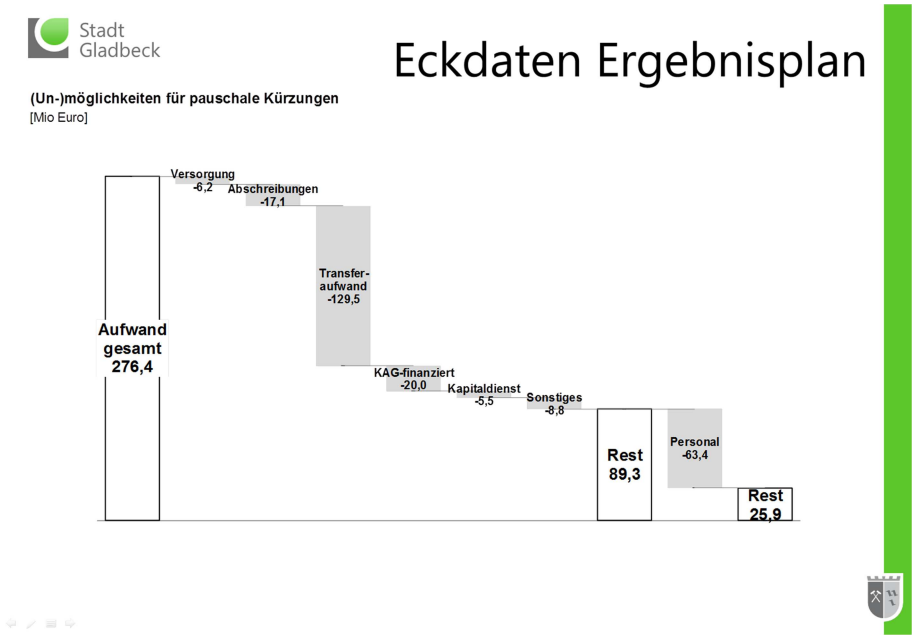
Zweitens: Wir sind inzwischen sozusagen auf Platz Eins! Und zwar auf Platz Eins der „watchlist" der Bezirksregierung. Wir haben nämlich dieses Jahr die Erfahrung gemacht, wie schnell zu knapp geplante Ergebnisse die Kommunalaufsicht auf den Plan rufen können, wenn es hakt. Wir hatten dieses Jahr erstmals echte Probleme, unsere Konsolidierungshilfe ausgezahlt zu bekommen. Und zwar deshalb, weil die Kommunalaufsicht nach Bekanntgabe der Orientierungsdaten und der ersten GFG-Berechnung – nachvollziehbar – deutliche Zweifel hatte, ob wir weiter den Haushaltsausgleich noch schaffen. Es hat schon viel gutes Zureden gebraucht, damit wir die 6,0 Mio. für 2019 bekommen, wobei wir sie noch nicht auf dem Konto haben. Aber wir strapazieren da das Vertrauen.

Ich kann Ihnen versichern, dass dieser Ritt auf der Rasierklinge nicht vergnügungssteuerpflichtig ist. Er ist aber vor allem auch nicht gut für die Stadt!

Zurück zu der Frage, wie wir die 2,5 Mio. Ergebnisverbesserung schaffen können:

Nachdem wir alle Positionen durchgecheckt hatten, war klar, dass wir keine Position finden würden, bei der man vernünftigerweise nochmal sparen kann.

Was blieb, war der – sicher uncharmante – Vorschlag, dass wir dann pauschal über alle Aufwandsposten die 2,5 Mio. einsparen müssen. Wohl wissend, dass das problematisch ist. Aber – so die Überlegung – man trifft alle Bereiche gleichermaßen.



Wenn wir nochmal auf unsere Gesamtaufwendungen gucken, dann erscheint das auf den ersten Blick gut machbar: 2,5 Mio. Einsparung bezogen auf ein Volumen von 276 Mio. – das ist weniger als 1 %.

Beim ersten genaueren Hingucken ist dann aber schnell klar, dass man bei einigen Positionen gar nicht sparen kann, z.B. weil man sie kurz- bis mittelfristig einfach nicht beeinflussen kann:

- Das fängt an mit unseren Versorgungsaufwendungen. Da stehen Rechtsansprüche hinter – keine Chance, da etwas zu kürzen.
- Das geht weiter mit den Abschreibungen. Dahinter stecken ja die Investitionen aus der Vergangenheit. Die kann man nicht rückgängig machen.
- Das Gleiche gilt für die Transferaufwendungen. Angefangen mit der Kreisumlage, die wir so zahlen müssen, wie es der Kreistag beschließt. Über die Hilfen zur Erziehung, die wir sowieso schon extrem knapp kalkuliert haben. Über die Finanzierung der Kitas und der OGS, die wohl nicht zur Disposition steht. Über die sozialen Leistungen, die wir ebenfalls optimistisch gerechnet haben.
- Das Gleiche gilt für die gebührenfinanzierten Aufwendungen. Selbst wenn man da theoretisch etwas sparen könnte: Bei den Gebühren haben wir das Kostendeckungsgebot bzw. das Kostenüberschreitungsverbot. Das heißt: jeder gesparte Euro würde wieder aus dem Haushalt abfließen bzw. an die Gebührenzahler zurückfließen.
- Das Gleiche gilt für den Kapitaldienst. Auch wenn´s schön wäre – an den Zinsen für unsere Kredite kommen wir auch nicht vorbei.
- Und dann gibt es noch eine Reihe von Einzelposten, bei denen Sparen unsinnig wäre. Das sind z.B. geförderte Aufwendungen, bei denen jeder gesparte Euro auch einen Euro weniger Förderung bringen würde. Oder Aufwendungen, die wir aufgrund von gesetzlichen Rechtsansprüchen oder Verpflichtungen zwingend leisten müssen.

Am Ende bleibt dann aber doch noch eine Summe von 89 Mio., bei der man theoretisch sparen könnte. 2,5 Mio. von 89 Mio. – das wäre eine Einsparquote von rund 3 %. Auch das hört sich immer noch irgendwie machbar an.

In den 89 Mio. stecken 63 Mio. Personalaufwendungen, ungefähr 70%!

Würde bedeuten: Von den 2,5 Mio. sparen wir 70% beim Personal. Rund 1,8 Mio.! In Stellen ausgedrückt heißt das: 30 Stellen streichen! Und zwar sofort ab Jahresanfang. Das ist – erst recht in dieser Dimension – vollkommen indiskutabel. Vor allem auch deshalb, weil wir ja wissen, an wie vielen Stellen eigentlich noch zusätzliches Personal gebraucht würde. Deswegen kommen ja gerade auch aus Ihren Reihen die Forderungen, bestimmte Stellen zu schaffen oder schnellstmöglich wieder zu besetzen. Und ein solches Signal an die städtische Belegschaft hielte ich nach dem Stellenabbau, den wir in den letzten Jahren ja schon geleistet haben, in Zeiten, in denen wir über jede gute Fachkraft froh sind – gelinde gesagt – für kontraproduktiv.

Also haben wir den Personalaufwand auch nochmal herausgerechnet. Danach bleibt dann noch eine Summe von rund 25,9 Mio., bei denen man theoretisch sparen könnte. 2,5 Mio. von 25,9 Mio. – das wäre dann eine Einsparquote von knapp 10%. Wir haben uns dann mal angeguckt, welche Positionen das wären:

- Das fängt an – seien Sie mir bitte nicht böse, diese Position steht einfach durch die Numerik unseres Produktplans ganz weit oben auf der Liste – bei den Fraktionszuwendungen. Denn für die gibt es keinen gesetzlichen Rechtsanspruch. Ich weiß aber, dass gerade unsere Haushaltssanierungsmaßnahme zur Reduzierung der Fraktionszuwendungen nicht so umzusetzen war.
- Dann müssten wir z.B. rund 10% in der IT sparen: Softwareverträge kündigen, veraltete Hardware benutzen, den Beitrag zur GKD nicht mehr in voller Höhe zahlen. Das in Zeiten der Digitalisierung.
- Dann müssten wir bei den Versicherungen sparen, z.B. bei der Haftpflicht- und bei der Gebäude- und Feuerschadenversicherung.
- Wo wir dabei sind, auch bei der Feuerwehr müssten wir nochmal einsparen. Der Brandschutzbedarfsplan wäre dann jetzt schon Makulatur.
- Wir müssten 10% bei den Energiekosten einsparen. 2 Grad weniger Raumtemperatur in den Schulen und allen städtischen Gebäuden.
- Und nochmal 10% bei der Gebäudereinigung, und nochmal 10% bei der Bau- und Straßenunterhaltung, die wir aber schon gekürzt haben.

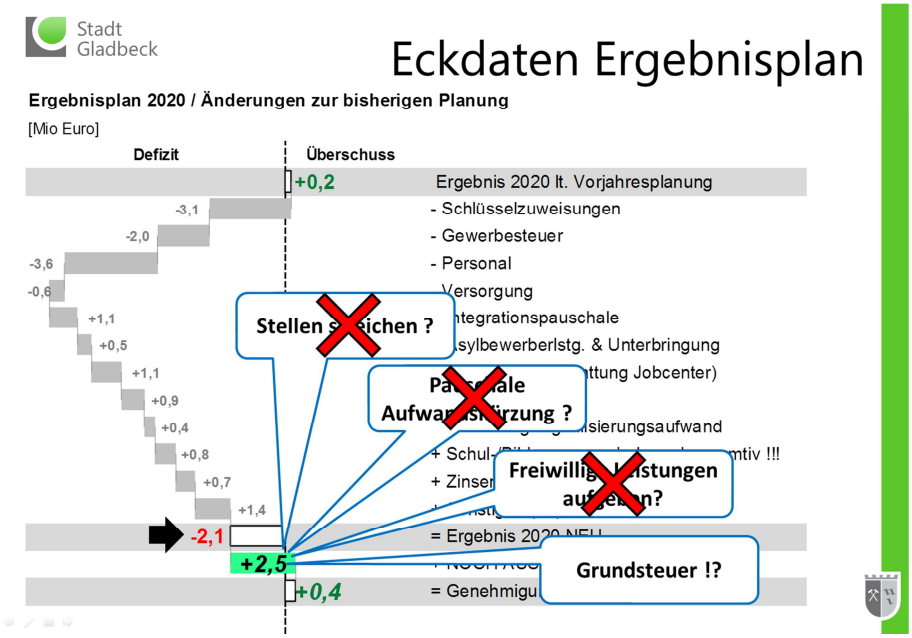
Dass das alles unrealistisch ist, dürfte hoffentlich Konsens sein.

Meine Damen und Herren,

eigentlich mag ich es nicht, jemandem die Dinge so vorzurechnen, wie ich es hier gerade tue. Und ich mag auch nicht solche Drohszenarien. Denn das kann immer schnell falsch verstan-

den werden. Das kann schnell so missverstanden werden, dass man nicht sparen will. Aber seien Sie versichert, dass das nicht so ist! Denn keiner weiß besser als ich selbst, wie viele Positionen wir schon reduziert haben und mit ganz spitzem Bleistift nachgerechnet haben, bevor dort überhaupt erstmal eine Summe von „nur“ 276 Mio. an Gesamtaufwendungen stand. Auf der Ertragsseite ist das übrigens nicht anders – nur mit umgedrehtem Vorzeichen.

Langer Rede kurzer Sinn: noch mehr zu kürzen ist nach unserer festen Überzeugung nicht mehr realistisch und auch nicht mehr zu verantworten.



Das bedeutet also:

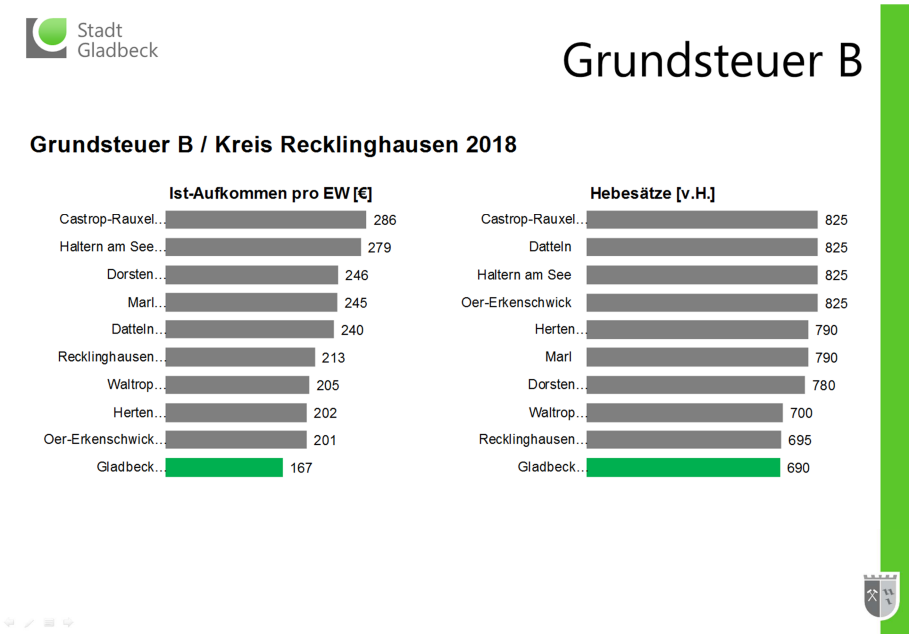
- Stellen streichen scheidet aus
- Noch weiter kürzen scheidet auch aus
- Bliebe noch: freiwillige Leistungen aufgeben.

Darüber will ich mich jetzt aber nicht ernsthaft auslassen. Vielleicht nur so viel: Für 2,5 Mio. müssten wir rein rechnerisch mindestens aufgeben:

- die Stadtbücherei
- und die Musikschule
- und wahlweise das Freibad oder das Hallenbad

- Was bleibt ist die Grundsteuer.

Auch das Thema fällt natürlich nicht vom Himmel. Der Bürgermeister und ich haben in den Haushaltsberatungen mindestens der letzten zwei Jahre immer wieder sehr intensiv auf diesen Punkt hingewiesen. Wir können und wollen ihn auch jetzt nicht ausblenden. Ich versuche aber, es kurz zu machen.



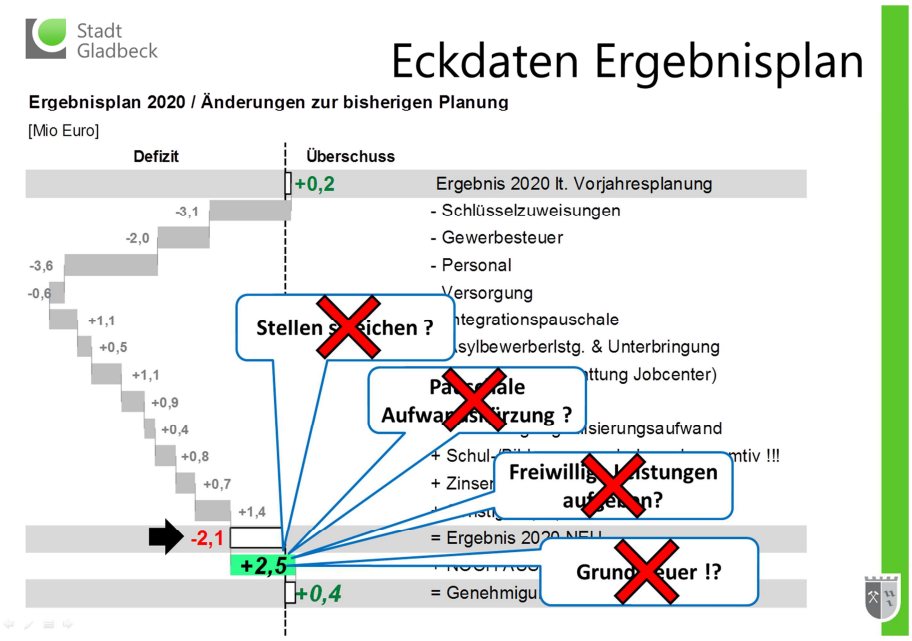
Wir liegen beim Pro-Kopf-Aufkommen immer noch mit Abstand hinter den anderen Städten des Kreises. Bei uns sind es 167 Euro pro Jahr. Wenn wir nur auf den Wert von Herten oder Oer-Erkenschwick mit 201 bzw. 202 Euro pro Einwohner kommen wollten, müssten wir den Hebesatz auf 825 Punkte anheben. Dann lägen wir immer noch absolut im Rahmen. Und dann lägen wir auch immer noch unter dem NRW-Durchschnitt von 206 Euro je Einwohner. Von 690 auf 825 Punkte wäre übrigens auch keine Steigerung um 135%. Sondern das wäre eine Steigerung seit der letzten Hebesatzanpassung vor 7 Jahren um 2,6% pro Jahr!

Wenn man berücksichtigt, dass z.B. Haltern schon 2013, Datteln 2015 und Oer-Erkenschwick und Castrop-Rauxel schon 2016 ihre Grundsteuer auf 825 Punkte festgelegt haben, dann ist das bei uns mehr als überfällig. Und vor allem: **Es brächte die fehlenden 2,5 Mio.!**

Der Vorteil, den wir vielleicht gegenüber anderen Städten haben, ist doch der, dass wir diesen Spielraum noch haben.

Viele machen dann aber natürlich eher den Vergleich zu Bottrop und Gelsenkirchen, unseren direkten Nachbarn. Dazu möchte ich sagen, dass auch Bottrop inzwischen im Pro-Kopf-Aufkommen fast bei 200 Euro liegt. Lediglich Gelsenkirchen liegt mit 143 Euro pro Kopf noch hinter uns. Auch das will ich nicht verschweigen. Aber der Vergleich mit Gelsenkirchen hinkt total. Denn da vergleichen wir uns mit einer kreisfreien Stadt mit 260.000 Einwohnern. Eine Stadt, die keine Kreisverwaltung mitfinanziert und die viel höhere Pro-Kopf-Beträge aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz erhält. Wenn wir mal etwas über den Tellerrand gucken: auch das Gefälle z.B. zwischen Castrop-Rauxel und Dortmund ist ziemlich groß. Fast 80 Euro Unterschied beim Pro-Kopf-Aufkommen und über 200 Punkte beim Hebesatz. Und die Castroper und Dortmunder wohnen genauso Tür an Tür wie die Gladbecker und die Gelsenkirchener – nur dass es in Gladbeck natürlich schöner ist als in Gelsenkirchen.

Man kann es aber argumentieren wie man will – und auch das habe ich in 4 Jahren Gladbeck gelernt: Wenn die Gladbecker etwas nicht wollen, dann wollen sie nicht. Daher scheidet auch die Möglichkeit einer Grundsteuererhöhung aus:



Und angesichts des bevorstehenden Kommunalwahlkampfes kann ich die politische Logik dabei auch sehr gut nachvollziehen. Trotzdem halte ich diese Logik für problematisch. Der Bürgermeister hat das vorhin in seiner Rede dargestellt als er sagte, dass er seine Sorge ob der externen Einflüsse mit der von Frank-Walter Steinmeier teilt.

Im Ergebnis kann ich Ihnen deshalb also keine Lösung für unseren Haushalt anbieten – so gern ich es tun würde.

6. Forderungen an Land und Bund

Meine Damen und Herren,

das Einzige, was aus meiner Sicht jetzt wirklich helfen würde wäre, wenn Bund und Land endlich ihrer Verantwortung nachkommen würden. Wenn Sie die längst überfälligen Forderungen der Kommunen erfüllen würden. Damit meine ich vor allem:

- Eine höhere Beteiligung an den Soziallasten durch den Bund
- Eine gerechtere Verteilung der Gelder bei der Umsatzsteuer und im Gemeindefinanzierungsgesetz
- Eine auskömmliche Kostenerstattungsregelungen für die Flüchtlingskosten durch das Land
- Und eine Altschuldenlösung durch Land und Bund

Da schließe ich mich gerne der Forderung meines Oberhausener Amtskollegen Tsalastras an, der bei seiner Haushaltseinbringung in Richtung Land und Bund gesagt hat: „Tut endlich was!“

Denn mal ganz unabhängig davon, wo und in welchen Städten das Geld jetzt für 2020 noch reicht oder nicht mehr reicht. Unabhängig davon, wo jetzt vielleicht über die Grundsteuer diskutiert werden wird. Das Kernproblem haben doch alle gemeinsam – jedenfalls die strukturschwachen Kommunen. Bei den einen etwas früher, bei den anderen etwas später.

Immerhin gibt es – und das ist der letzte Punkt, den ich heute ansprechen möchte – jetzt ein zartes Pflänzchen Hoffnung:

Denn offenbar arbeitet das Bundesfinanzministerium (BMF) mit Hochdruck an einer Lösung des kommunalen Altschuldenproblems. Wie u.a. die Süddeutsche Zeitung berichtete, soll der Bund bereit sein, einen Großteil der kommunalen Kassenkredite zu übernehmen – allerdings nur dann, wenn die jeweiligen Bundesländer sich ihrerseits bereiterklären, den Kommunen finanziell unter die Arme zu greifen. Zusätzlich hoffe man im BMF auf die Solidarität der von der Altschuldenproblematik nicht betroffenen Länder, heißt es in der Zeitung weiter.

Ich kann das immer noch nicht ganz glauben. Denn als wir noch in diesem Frühjahr mit dem Aktionsbündnis in Berlin mit Bundespolitikern gesprochen haben, hat man uns in keiner Weise Hoffnungen gemacht. Was übrigens auch Anlass unserer „Bierdeckelaktion" war.

Allerdings darf man jetzt nicht glauben, dass die Übernahme von Altschulden schon abgemachte Sache ist. Ganz im Gegenteil: Es wird von einflussreichen Personen kräftig dagegen gewettert. So z.B. von Hans-Günter Henneke, dem Chef des Deutschen Landkreistags, der jetzt um das schnelle Internet an seinen Milchkannen fürchtet. Er verurteilt eine solche Altschuldenbeteiligung des Bundes als „gigantische Fehlpriorisierung".

Wenn ich dazu noch einen Eindruck aus unserem Gespräch in Berlin dazu beisteuern darf: Das gewichtigste Argument gegen eine Altschuldenlösung ist doch, dass man glaubt, man würde Geld in ein „Fass ohne Boden" stecken. Dass man glaubt, dass Städte wie wir danach sofort wieder neue Schulden anhäufen. Wenn Sie meine Meinung wissen wollen: Die warten

nur darauf, dass ihnen ein paar Städte das Beispiel liefern, das sie für diese Argumentation brauchen.

Und ich bitte Sie, auch das in Ihre Überlegungen mit einbeziehen. Denn am Ende geht es dann vielleicht nicht um 2,5 Mio. die uns jetzt fehlen. Sondern um 200 Mio. Altschulden auf denen wir dann möglicherweise sitzen bleiben.

7. Schluss

Zum Schluss möchte ich mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und ihr geduldiges Zuhören bedanken. Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass wir bis Dezember noch eine konsensfähige Lösung für unseren Haushalt finden. Ich kann Ihnen nur versprechen, dass es spannende Haushaltsdebatten werden.

Und ich erlaube mir eine Bitte an Sie: Egal, auf welches Thema Sie sich beim Haushalt einschießen. Denken Sie daran, dass es nie ein Tropfen ist, der ein Fass zum Überlaufen bringt, sondern immer alle Tropfen gemeinsam. Will heißen, – auch wenn der bevorstehende Wahlkampfmodus nach einfachen Themen verlangt – wir müssen ausgewogen, behutsam und verantwortungsvoll mit den Haushaltsthemen umgehen. Denn es geht am Ende um die Zukunft dieser Stadt.

In diesem Sinne vielen Dank und Glück auf!